

Finanzministerkonferenz

- Der Vorsitzende -

Hausanschrift:
Leipziger Str. 3-4
10117 Berlin

Briefanschrift: c/o Bundesrat 11055 Berlin

Telefon 0 18 88 – 91 00 -510,-511
-512,-520
Telefax 0 18 88 – 91 00 -528
E-Mail 520.geiseler@bundesrat.de

An die
Vorsitzenden der Kommission
von Bundestag und Bundesrat zur
Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
Herrn Dr. Peter Struck MdB
Herrn Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger
c/o Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Kommission von Bundestag und Bundesrat
zur Modernisierung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Arbeitsunterlage
027

An den
Bundesminister der Finanzen
Herrn Peer Steinbrück
11016 Berlin

31. Januar 2008

Vorschläge des Bundes zur Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer

Sehr geehrte Herren Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Kollege

die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder haben zu der
vorbezeichneten Angelegenheit den als Anlage beigefügten Beschluss
gefasst.

Über dieses Beratungsergebnis möchte ich Sie hiermit unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Thilo Sarrazin

1 Anlage

Finanzministerkonferenz

am 31. Januar 2008

in Berlin

Nur für den Dienstgebrauch!

*Die Weiterleitung an Dritte
ist nicht gestattet.*

Punkt 15 TO:

Vorschläge des Bundes zur Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer

B e r a t u n g s e r g e b n i s

1. Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder sehen die Zusammenführung der Besteuerung von Kraftfahrzeugen in einer Hand weiterhin als einen wichtigen Beitrag zur Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern an. Mit einer solchen Zusammenführung stünde dem Bund künftig neben der Gesetzgebungskompetenz auch die Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer zu. Dies erleichtert die Umsetzung eines ökologischen Gesamtkonzepts zur Minderung des CO₂- und Schadstoffausstoßes aus einem Guss, da entsprechende gesetzliche Änderungen nicht mehr von der Zustimmung des Bundesrates abhängig wären. Ein solches Konzept ermöglicht auch die Umlegung der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer.
2. Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder halten am Vorschlag einer Übernahme der Kraftfahrzeugsteuer durch den Bund gegen einen adäquaten, vollständigen, dauerhaften und dynamischen Ausgleich fest.
3. Vor dem Hintergrund des Eckpunktebeschlusses der Bundesregierung vom 5. Dezember 2007 und der bereits laufenden gemeinsamen Arbeiten an einer Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer in Richtung einer Orientierung am Kohlendioxid- und Schadstoffausstoß sind die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder weiterhin zu einer Mitwirkung an der Erarbeitung einer unter Umwelt- und Aufkommensgesichtspunkten sachgerechten Lösung bereit und schlagen vor, dass der Bund im Gegenzug seine Bereitschaft erklärt, zu einem noch zu verhandelnden definitiven Zeitpunkt der Übernahme der Kraftfahrzeugsteuer zuzustimmen.